Verkehr und Umwelt
Leitziele Mobilität 2035 beschlossen » Seite 2

Der Szene beistehen
Dresden bekommt einen Nachtbürgermeister » Seite 4

Haushaltsbeschluss
Mehr Geld für die Stadtteile
» Seite 6

Ausgabe 01

»Kein Träger muss schließen oder Personal entlassen«

Pia Barkow zum Haushalt

VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Januar/Februar 2023

Armut und Ungleichheit bekämpfen

DIE LINKE in Dresden startet kämpferisch ins neue Jahr » Seite 3

Politik in Zahlen

Entgegen vieler Befürchtungen ist die politische Prioritätensetzung mit dem Haushaltsbeschluss ganz gut gelungen

Ein öffentlicher Haushalt ist in Zahlen gegossene Politik – so das geflügelte Wort, das immer mal wieder bemüht wird.

Was sagt das etwa über das 100-Milliarden-Sondervermögen der Bundesregierung für die Bundeswehr? Welche Politik wird da in Zahlen gegossen? Es ist eine Politik, die sich auf der einen Seite für alle zukunftsträchtigen Investitionen eine Schuldenbremse verordnet, sich für Investitionen in Waffen und Heer aber offenen Auges in den schuldenpolitischen Selbstbetrug begibt. Eine Politik, die sich beständig weigert, auch nur eine der großen Krisen dieser Zeit (Pandemie, Klima, Armut) als derart relevant anzuerkennen, dass sie den Kampf dagegen in Zahlen gießt, für die Hochrüstung der Bundesrepublik aber bereit ist, dem Grundgesetz eine bittere, milliardenschwere Ergänzung anzufügen.

Sag mir, wie Deine haushaltspolitischen Entscheidungen sind, und ich sage Dir, welch Geistes Kind Du bist. So gesehen, ist es um den politischen Geisteszustand der relevanten Kräfte in Dresden gar nicht so schlecht bestellt.

Da ist es einem breiten Bündnis trotz Bürgermeisterstreit gelungen, einen gemeinsamen Doppelhaushalt pünktlich aufzustellen. Da sind die Fliehkräfte am Rand dieses Bündnisses nach rechtsaußen durch eine Politik des Ausgleiches ausgehebelt worden. Da hat man sich gemeinsam dem FDP-Oberbürgermeister in die Arme geworfen, der sozial- und vor allem kulturpolitisch schon den Rotstift gespitzt hatte. Da hat eine große Mehrheit im Stadtrat Strukturen der Kultur, der Jugendhilfe, im Sozialbereich in Krisenzeiten gerettet und – auf Druck von links – eine gerechte, sozial nachhaltige Politik tatsächlich in Zahlen gegossen. *Thomas Feske*

HAUSHALT BESCHLOSSEN

Ohne Kürzungen

Dresden hat seit dem 15. Dezember 2022 einen beschlossenen Haushalt. Innerhalb eines sehr eng gesteckten Zeitrahmens ab dem letzten Novemberwochenende 2022 ist es gelungen, in sehr kleinteiligen Verhandlungen einen gemeinsamen Änderungsantrag zum Haushaltsentwurf des Oberbürgermeisters zu erarbeiten. Unterschrieben war dieser am Ende von den Vorsitzenden der Fraktionen Grüne, LINKE, CDU, SPD und FDP.

Tilo Kießling wurde von der Fraktion zum Verhandlungsführer für diese Gespräche bestimmt. Für ihn waren es die vierten Haushaltsverhandlungen, die er für die Fraktion als Teil der haushaltstragenden Mehrheit führen durfte. Erfolg versprechen solche Verhandlungen dann, wenn eigene Verhandlungspositionen nachvollziehbar beschrieben sind, wenn die Positionen der anderen nicht von vornherein für unannehmbar gehalten werden und die eigenen nicht wenigstens in geringem Umfang für Kompromisse zugänglich sind.

» Seite 5

Mobilität für alle!

Im Dezember hat der Stadtrat die Leitziele für Mobilität 2035 beschlossen. Der Linksfraktion ging es vor allem um die Sicherung der sozialen Teilhabe am Verkehr

Preisfrage: Werden Bus und Bahn nächstes Jahr teurer oder billiger? »Blöde Frage – es wird immer alles teurer, heutzutage erst recht« – das sagen die einen. »Es kommt ganz darauf an« – sagen die anderen.

Die Leitziele Mobilität bauen auf dem Verkehrsentwicklungsplan 2025plus auf und reagieren auf aktuelle Herausforderungen, wie Klimaerhitzung, Digitalisierung oder Barrierefreiheit. Zuvor gab es ein spannendes Beteiligungsformat in Form des Dresdner Mobilitätsdialogs MOBIdialog 2035+. Das Gremium besteht aus 62 Mitgliedern, darunter 25 zufällig ausgewählte Bürger:innen sowie Vertreter:innen aus Stadtratsfraktionen, Wissenschaft, Wirtschaft, Handwerk, Verbänden, Vereinen, Institutionen und der Stadtverwaltung. In den Sitzungen des MOBIdialogs diskutierten die Teilnehmenden Grundsätze für Mobilität und definierten sogenannte Zukunftsbilder und Herausforderungen. Anhand der Ergebnisse filterte das Amt für Stadtplanung und Mobilität 14 Leitziele heraus, die den gemeinsam erarbeiteten Konsens widerspiegeln.

In einer sich anschließenden Onlinebefragung bewerteten 3776 Bürger:innen diese Leitziele und brachten eigene Ideen und Hinweise für die Mobilität der Zukunft ein. Die aufbereiteten Umfrageergebnisse waren Bestandteil einer Verwaltungsvorlage, die im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften ergänzt und dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt wurde. Wir haben als Fraktion an der Ergänzung der Verwaltungsvorlage mitgewirkt. Dabei war uns insbesondere das Thema der gleichen sozialen Teilhabe am Straßenverkehr wichtig, damit sich die bereits bestehende soziale Schere beim Zugang zur Mobilität nicht noch weiter öffnet. Ein weiterer wichtiger Punkt war die Berücksichtigung des demografischen Wandels. Es ist statistisch nachgewiesen, dass ab einem Alter von 50 die gesundheitlichen Einschränkungen zunehmen und auch die Mobilität darunter leiden kann. Dagegen gilt es nachhaltige Vorkehrungen zu treffen, unter anderem durch Verbesserungen im Bereich der Barrierefreiheit.

Zugang zur Mobilität für alle

Der Verkehr im Jahr 2035 wird hoffentlich weniger krankmachen

Verkehr soll sicherer und sauberer werden

Auch das Thema Sicherheit ist in Dresden leider immer noch relevant. Das Verkehrssystem muss in Dresden weiterhin so umgestaltet werden, dass es weniger Unfälle mit Toten und Schwerverletzten gibt. Ein weiterer wichtiger Punkt ist aus linker Sicht die ansprechende Gestaltung von Straßen und Plätzen, um für die Menschen angenehme und kostenfreie Aufenthaltsräume anzubieten.

Der Verkehr im Jahr 2035 wird hoffentlich weniger krankmachen, indem er leiser und sauberer wird und Dresden es schafft, die Grenzwerte für Lärm und Luftqualität einzuhalten. Dazu kann die Einführung einer Reduzierung der Regelhöchstgeschwindigkeit auf 30 Kilometer pro Stunde im gesamten Nebenstraßennetz einen großen Beitrag leisten. Die Diskussion dazu steht im nächsten Stadtrat auf der Tagesordnung.

Anne Holowenko

Bessere Hilfe auch nach dem Unfall

NEUFASSUNG DER FEUERWEHRSATZUNG

Bessere Unterstützung bei traumatischen Ereignissen

Das Brand- und Katastrophenschutzamt unterhält eine gemeinsame integrierte Regionalleitstelle für Feuerwehr und Rettungsdienst (Notruf 112). Sie ist zuständig für die Landeshauptstadt Dresden, den Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und den Landkreis Meißen. In Dresden sorgen fünf Feuer- und Rettungswachen der Berufsfeuerwehr und insgesamt 21 Stadtteilfeuerwehren der Freiwilligen Feuerwehr für einen flächendeckenden Brandschutz.

Die Feuerwehrsatzung regelt Aufgaben, Aufbau, Ausstattung und weitere Grundsätze der Dresdner Berufs- und der freiwilligen Feuerwehr. Zentrales Anliegen der aktuellen Satzungsänderung ist die Einrichtung einer Abteilung psychosoziale Notfallversorgung (PSNV) als Teil der Freiwilligen Feuerwehr. Psychosoziale Notfallversorgung ist die Gesamtheit aller Aktionen und Vorkehrungen von Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, die getroffen werden, um notfallbetroffene Personen (wie beispielsweise Patient:innen, Angehörige, Hinterbliebene, Ersthelfende und direkt Beteiligte) und Einsatzkräfte im Bereich der psychosozialen Be- und Verarbeitung von potenziell traumatischen Ereignissen zu unterstützen. Um mittelfristig eine leistungsfähige Struktur sicherzustellen, soll diese Aufgabe als Feuerwehraufgabe übernommen werden. Weitere wichtige Änderungen liegen in der Berufung von stellvertretenden Kinder- und Jugendfeuerwehrwart:innen sowie die Bestellung weiterer Sonderfunktionsträger:innen (den Beauftragten für Atemschutz und Brandsicherheitswacht). Die dadurch entstehenden jährlichen Mehraufwendungen mit rund 142.000 Euro werden in der Entschädigungsrichtlinie festgehalten und wurden im Doppelhaushalt 2023/24 berücksichtigt.

Katharina Hanser

Die Vermögensverteilung wird immer obszöner

Milliardäre endlich zur Kasse bitten!

Ein Gastbeitrag von Amira Mohamed Ali und Dietmar Bartsch

Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst immer weiter. Weltweit hungert jeder zehnte Mensch. Gleichzeitig profitieren viele Konzerne und Superreiche enorm von den Krisen. Das stellt die Hilfsorganisation Oxfam in ihrem Bericht »Survival of the Richest« anlässlich des Weltwirtschaftsforums im schweizerischen Davos fest.

Erstmals seit 25 Jahren nehmen demnach extreme Armut und extremer Reichtum zugleich zu. Konzerne und deren Eigentümer profitierten stark: 95 Lebensmittel- und Energiekonzerne hätten etwa ihre Gewinne 2022 mehr als verdoppelt. In Deutschland sei der Trend sehr deutlich: Das Gesamtvermögen aller Milliardärinnen und Milliardäre sei seit 2020 im Durchschnitt täglich um 2,7 Milliarden US-Dollar gestiegen. Vom gesamten Vermögenszuwachs, der 2020 und 2021 in Deutschland erwirtschaftet wurde, entfielen 81 Prozent auf das reichste eine Prozent der Bevölkerung.

Amira Mohamed Ali, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, kommentiert: »Die Studie beweist: Milliardäre bereichern sich immer weiter auf Kosten der Allgemeinheit. Insbesondere das Geld, das die Normalbürger zur Zeit für Energie und Lebensmittel aufbringen müssen, wandert vielfach in die Taschen einiger superreicher Eliten – mit freundlicher Unterstützung von SPD, Grüne, FDP und CDU, die das bewusst zulassen und zugelassen haben. Schluss damit! Milliardäre endlich zur Kasse! Eine Vermögensabgabe für Superreiche, wie wir sie vorschlagen, ist dringend nötig.«

Dietmar Bartsch, Fraktionsvorsitzender: »Das sind alarmierende Zahlen. Die Vermögensverteilung wird immer obszöner – in Deutschland und weltweit. Dass Konzerne ungestört Milliarden-Extraprofite einstreichen können und die Bevölkerungsmehrheit gleichzeitig auch aufgrund der Rekordinflation deutlich ärmer wird, ist inakzeptabel. Wir brauchen eine große Steuerreform in Deutschland!«

Er nennt vier zentrale Punkte:

1. Kleine und mittlere Einkommen steuerlich entlasten!
2. Übergewinnsteuer einführen, um das Geld, das Bürgerinnen und Bürgern für Energie und Lebensmittel aus der Tasche gezogen wird, zurückzuholen.
3. Höhere Besteuerung der Superreichen und der großen Vermögen, was SPD und Grüne im Wahlkampf versprochen haben.
4. Alle, auch Superreiche müssen in die Sozialversicherungen einzahlen: Eine Kasse für alle – bei Rente und Gesundheit. Es darf nicht sein, dass vor allem kleine und mittlere Einkommen den Sozialstaat tragen.

Quelle: Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

KOMMENTAR

Eindeutige Tendenzen

Was der Oxfam-Bericht global feststellt, müssen wir leider auch für Dresden konstatieren. Mit mehreren Anfragen konnten wir deutlich machen, dass die Schere zwischen Arm und Reich auch in Dresden auseinandergeht.

Die Zahlen sprechen für sich. Galten im März 2020 noch 68.700 Personen als armutsgefährdet, so waren es 2021 bereits 78.700. Damit hat sich die Anzahl jener Menschen, die als arm oder armutsgefährdet gelten, innerhalb eines Jahres um 10.000 erhöht. Noch gravierender sind die Prozentzahlen. Sage und schreibe 17 Prozent der Haushalte in Dresden sind von Armut betroffen.

Wenn wir uns demgegenüber die Entwicklung bei den Einkommensreichen anschauen, so sind auch hier eindeutige Tendenzen auszumachen. Als einkommensreich gilt, wer mehr als doppelt so viel Einkommen hat, als der Durchschnitt der örtlichen Bevölkerung. Lebten 2020 noch 27.900 Personen in Haushalten, die als einkommensstark galten, so waren es 2021 schon 30.500 Personen. 2022 stieg die Zahl erneut auf nunmehr 33.300 Personen an. Das ist ein Anstieg von 5400 Personen in nur zwei Jahren.

Hält man sich vor Augen, dass diese Zahlen die aktuellen Preissteigerungen vor allem im Lebensmittel- und Energiebereich noch gar nicht berücksichtigen, dann wird deutlich, wie weit die Lebenswelten in Dresden inzwischen auseinanderklaffen. Für Menschen mit wenig Einkommen ist die individuelle Inflationsrate sogar noch höher. Sie müssen prozentual mehr für die besonders stark verteuerten Produkte ausgeben.

In diesem Zusammenhang war es wichtig, dass es gelungen ist, in den Haushaltsverhandlungen die geplanten Kürzungen im Sozialbereich zu verhindern. Das sichert auch die Handlungsfähigkeit der Kommune, um soziale Verwerfungen wenigstens abzumildern.

»Kommunalpolitik kann Verbesserungen für die, die es am nötigsten haben, erreichen« André Schollbach

Wir werden an dem Thema in unserer kommunalpolitischen Arbeit dranbleiben. Um ein Beispiel zu nennen: Wir haben am Ende des vergangenen Jahres eine Antragsinitiative gestartet, die eine Erhöhung der Leistungen für Erstausstattungen werdender Eltern und eine unbürokratische Auszahlung dieser Leistungen als Pauschale vorsieht. Sicher kann die Kommunalpolitik nicht wie der Bund milliardenschwere Hilfsprogramme auflegen, aber sie kann spürbare Verbesserungen für die, die es am nötigsten haben, erreichen.

André Schollbach

NACHTBEAUFTRAGTE FÜR DRESDEN

Nacht am Ende des Tunnels

Auch das Nachtleben ist ein Standortfaktor

DIE LINKE hat in ihrem Kommunalwahlprogramm 2019 die Einrichtung eines Nachtbürgermeisters/einer Nachtbürgermeisterin für Dresden gefordert. Im letzten Jahr konnten hierzu wichtige Entscheidungen des Stadtrates auf den Weg gebracht werden. Einerseits wird die Stadtverwaltung nun ein Konzept vorlegen, wie diese Institution ganz speziell in Dresden umgesetzt werden kann. Und andererseits ist es gelungen, in den Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2023/2024 eine ausreichende Summe für die Arbeit dieser Institution unterzubringen, so dass ab 2024 auch in Dresden eine Zuständigkeit für alle Belange des Nachtlebens vorhanden sein werden.

Der Begriff des Nachtbürgermeisters ist allerdings irreführend, wenn auch anschaulich. Es geht um den Brückenschlag zwischen der Stadtverwaltung, Auflagen, Behördendeutsch und der kreativen Szene der Musikclubs und des Dresdner Nachtlebens ganz generell. Im Vorfeld der Entscheidungen wurde eng mit den Vertreterinnen und Vertretern der Szene zusammengearbeitet. Diese begrüßen die Entwicklung sehr und versprechen sich eine bessere Wahrnehmung ihrer Belange und eine Vertretung der Branche gegenüber anderen Interessen.

Die Nachtbeauftragten – wie der Name nun auf Wunsch der Szene-Vertreter:innen nun heißt – sollen nicht nur bei Konflikten wegen Lautstärke und Verschmutzung moderieren. Sie sollen den Clubs und Etablissements in Fragen der Sicherheit und zum Beispiel bei Gesundheitsprävention Ratschläge geben. Nicht zuletzt wird das vielfältige und lebendige Nachtleben Dresdens gestützt und gefördert und kann unsere Stadt weiterhin attraktiv für junge Leute machen. *Magnus Hecht*

Millionen für die Kultur

Im Kulturbereich steigen die Kosten. Der Mindestlohn muss angepasst werden und die Sachkosten explodieren momentan. All dies war im Haushaltsplanentwurf nicht berücksichtigt

Der Haushaltsentwurf für die Jahre 2023/24 wird nach der Erarbeitung durch die Verwaltung dem Stadtrat vorgelegt. Gleichzeitig wird eine Mehrbedarfsliste von den jeweiligen Bürgermeister:innen in den Ausschüssen vorgestellt. In der Mehrbedarfsliste wird zusammengestellt, welche Finanzierungen zwar notwendig wären, aber keine Berücksichtigung fanden.

Stadtratsbeschlüsse ausfinanzieren

Der aus unserer Sicht notwendige Mehrbedarf ist dieses Jahr besonders hoch. Zum einen, weil etliche Beschlüsse des Stadtrates, wie zum Beispiel die Entwicklung der Schulbibliotheken, im Verwaltungsentwurf keine Berücksichtigung fanden. Vor allem aber auch, weil der vorliegende und zu beschließende Haushaltsentwurf der Verwaltung von Anfang 2022 stammt. Also von vor dem Beginn des Ukraine-Krieges und den daraus resultierenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen.

Der Mehrbedarf im Kulturbereich betrug für das Jahr 2023: 13.957.900 Euro und für das Jahr 2024 14.289.300 Euro – also rund 14 Millionen jährlich. So fehlte zum Beispiel für die freie Kulturszene und damit für die Kulturförderung 1,7 Millionen Euro jährlich, ähnlich sah es bei den städtischen Kultureinrichtungen aus. Bei den Bibliotheken fehlten zum Beispiel 326.000 Euro für die Fortschreibung des Haushaltsbegleitbeschlusses von 2020 und 100.000 Euro für die Entwicklung der Schulbibliotheken laut Bibliotheksentwicklungsplan. Bei den ermittelten Mehrbedarfen ging es vor allem um die Umsetzung des Mindestlohnes, Honoraruntergrenzen und deutlich höhere Sachkosten. Die gestiegenen Energiekosten haben in den Überlegungen noch keine Beachtung gefunden – hier sind noch weitere deutliche Mehrbedarfe zu erwarten.

Die Vielfalt der Kultur würdigen – mehr Geld für die freie Szene

Wir werden dafür kämpfen, dass unsere Kulturbürgermeisterin weiter die Kultur so voranbringt

Mehr Geld für Kultur- und Nachbarschaftszentren

Dem Mehrbedarf von 14 Millionen stehen nun aber lediglich drei Millionen gegenüber, welche uns von den Finanzverantwortlichen der Fraktionen für die Mehrbedarfe der Kultur zur Verfügung gestellt wurden. Wie einigt man sich nun auf solche drastischen Kürzungen? Die Liste der LINKEN zur Kultur war sehr umfangreich: 10,2 Millionen. Die Kulturpolitikerinnen von LINKE, SPD, Grüne, CDU und FDP setzten sich zusammen und diskutierten mehrmals, online und präsent, auch Sonnabend und Sonntag – mit folgendem Ergebnis:

Für die Bibliotheken haben wir für den ersten Punkt 120.000 Euro und die Schulbibliotheken 100.000 Euro beschlossen, für die Kulturförderung 725.000 Euro und die städtischen Kultureinrichtungen (Operette, TJG, Philharmonie, Hellerau, Museen) 1,3 Millionen. Wir, Magnus Hecht und ich, haben darauf bestanden, dass wenigstens weitere 250.000 Euro für die Kultur-und Nachbarschaftszentren zur Verfügung stehen.

Wir haben die Hoffnung, dass für die noch nicht beachteten höheren Energiekosten noch Landes bzw. Bundesmittel zur Verfügung stehen werden. Und wir werden weiter dafür kämpfen, dass unsere Kulturbürgermeisterin Anne Klepsch weiter die Kultur so voranbringt, wie sie das in den letzten sieben Jahren getan hat. Vielen Dank dafür, Anne! *Anja Apel*

Verdrängter Völkermord
Rassismus in Vergangenheit und Gegenwart » Seite 3

Runder Geburtstag
Der Rote Baum wird 30 Jahre alt
» Seite 5

Die einen sagen so ...
Schulpflicht versus Bildungspflicht
» Seite 7

Ausgabe 01

»Im Kampf gegen Antiziganismus nicht nachlassen!«

Jan Korte

MITTENDRIN
Sozialistische Schrift für Dresden
Januar/Februar 2023

Wer sind die Terroristen?

Politik und Medien jagen die Falschen. » Seite 7

Die Linke und das Klima

Klimaschutz erfordert gesellschaftliche Umverteilung – jetzt

Eine kurze dpa-Meldung, die fast unterging: LINKEN-Chefin Janine Wissler hat die Proteste gegen Kohleabbau bei Lützerath als »absoluten Erfolg« bezeichnet und kritische Fragen zum Polizeieinsatz aufgeworfen. »Den Aktiven ist es gelungen, wirklich den Fokus wieder auf den Klimaschutz zu setzen«, sagte Wissler in Berlin. »Es ist wieder auf der Tagesordnung.«

Angesichts der 180-Grad-Wende, welche der grüne Klima- und Wirtschaftsminister Robert Habeck bei diesem Thema hingelegt hat, scheint die Positionierung der LINKEN-Vorsitzenden erfreulich klar. Es gibt eine Partei, die auf der Seite des Klimaschutzes steht.

Aber ganz so einfach ist es nicht. Auch das Thema Klima sorgt in unserer Partei für kontroverse Diskussionen.

»Die ökologische Frage mit der sozialen Frage verbinden« ist das Ziel der LINKEN. Aber was genau heißt das? Der ökologische Umbau darf nicht sozial ungerecht sein und nicht zu Lasten der »kleinen Leute« gehen – da ist man sich schnell einig. Höhere Energiepreise für die breite Bevölkerung sind genau sowenig akzeptabel wie höhere Parkgebühren ... Hoppla, da beginnen die Fragen. Geht es überhaupt ohne?

Und richtig: Nicht alle jungen Leute, die für die Rettung des Klimas kämpfen wollen, egal ob im Hambacher Forst, in Lützerath oder Freitags in Dresden, haben über die sozialen Aspekte nachgedacht, Aktion und Emotion stehen naturgemäß im Vordergrund.

Aber leider haben eben auch nicht alle, die unsozialen »Klimaschutz« ablehnen, eine gute Idee, wie er tatsächlich sozial funktionieren könnte. »Dann lieber weitermachen wie bisher« ist eben keine vernünftige Alternative.

Wer nicht will, dass der ärmere Teil der Bevölkerung – im eigenen Land wie auf dem ganzen Planeten – am Ende für den Klimawandel bezahlen muss, muss heute dafür sorgen, dass der reicherer Teil, der die meiste Energie und die meisten Ressourcen verbraucht, heute sein Leben ändern muss. Klimaschutz erfordert *jetzt* gesellschaftliche Umverteilung. Die klassische Aufgabe der LINKEN! *Jens Matthis*

EDITORIAL

Weiter geht's!

Auf ein Neues, liebe Genossinnen und Genossen! Ich hoffe, Ihr seid alle gut ins Jahr 2023 gerutscht. Welch ein Silvester, dieser 31. Dezember 2022! Der letzte Tag von Hartz IV, zum ersten Mal seit 2019 durfte wieder geböllert werden und der ehemalige Papst ist in die WG seines ehemaligen Chefs gezogen. An den Problemen der Welt hat sich indes nicht viel geändert. Nicht hier in Sachsen, wo sich die Regierung in der Schuldenbremse verheddert hat, worüber Sarah Buddeberg in dieser Ausgabe schreibt. Nicht in Deutschland, wo der Antiziganismus noch immer tief in der Gesellschaft sitzt. Jan Korte hat dazu mahnende Worte gefunden. Und nichts am Glauben der großen Politik, der Klimawandel lasse sich mit Kosmetik am Kapitalismus schon in den Griff bekommen. Richard Adam von der Linksjugend macht das in seinem Beitrag deutlich. Der Kampf um eine bessere Welt geht weiter und wir glauben daran, das er gewinnbar ist. Euch allen ein gutes und kämpferisches Jahr 2023! *Uwe Schaarschmidt*

Verschenkte Chance

Landtag beschließt sächsischen Doppelhaushalt

Stolpert über die selbst beschlossene Schuldenbremse: Der Sächsische Landtag

Intensive Verhandlungen und lange Sitzungen prägten im Landtag die letzten Tage vor Weihnachten. Kurz vor den Feiertagen wurde der Landeshaushalt für die kommenden zwei Jahre beschlossen. Wer angesichts der großen Vorhaben von CDU, SPD und Grünen im Koalitionsvertrag eine reiche Bescherung oder zumindest solidarische Unterstützung für ärmere Menschen erwartete, wurde allerdings enttäuscht. Eine grundlegende soziale Perspektive spiegelte sich nur in den Anträgen der LINKEN wider. SPD und Grüne hatten zwar am Anfang der Haushaltsberatungen riesige Forderungen gestellt – nun müssen sie winzige Zugeständnisse als große Erfolge verkaufen.

Linksfraktionschef Rico Gebhardt fand dazu in der Generaldebatte klare Worte: »Kleine Geschenke sollen darüber hinwegtäuschen, dass strukturelle Entlastungen fehlen. Das Leben muss aber bezahlbar sein und der Staat muss für Gerechtigkeit sorgen!«

Diese Handschrift trugen auch unsere Änderungsanträge. Beispielhaft seien hier erwähnt: Senkung der Kita-Beiträge und ein kostenloses, vollwertiges Mittagessen für alle Kita- und Schulkinder. Gutscheine für Familien mit geringem Einkommen zum Eintritt in Kultur- und Freizeiteinrichtungen. Gute und bezahlbare Nahverkehrsverbindungen in allen Regionen, eine Erhöhung des Landesblindengeldes auf das Niveau anderer Bundesländer. Eine elektronische Gesundheitskarte für alle Geflüchteten und bessere Förderung von Präventions- und Beratungsstellen, wie Aids-Hilfen und Schwangerschaftsberatungen. Für die Bewältigung der aktuellen Preiskrise hatten wir ein Sondervermögen von drei Milliarden Euro vorgeschlagen.

»Kleine Geschenke sollen darüber hin wegtäuschen, dass strukturelle Entlastungen fehlen« Rico Gebhardt

Blick nur bis zum Tellerrand

Kritik äußerte Genosse Gebhardt an der Kurzsichtigkeit der Koalition: »Viel zu lang hat die CDU gezögert, sächsischen Hilfsmaßnahmen zuzustimmen. Das vermeintliche Hilfspaket enthält weit weniger als die Koalition glauben machen will. Die zwei Milliarden Euro Ko-Finanzierung für die Bundes-Hilfsmaßnahmen werden als eigene Errungenschaft ausgegeben. Effektiv werden nur 200 Millionen Euro bereitgestellt – wofür, ist unklar.«

Allerdings tragen auch die kleineren Partner Verantwortung für die geplatzte Chance, mit einer Abkehr von der starren Schuldenbremse die Weichen für sozial-ökologische Zukunftsinvestitionen zu stellen. Mit der Zustimmung zum Haushaltsgesetz haben sich SPD und Grüne das letzte Druckmittel nehmen lassen: Warum sollte sich die CDU nach der Verabschiedung noch auf eine Verfassungsänderung einlassen? Die Solidaritätsbremse muss weg – doch diese Koalition ist dazu nicht in der Lage.

Sarah Buddeberg, MdL

STATT KRIMINALISIERUNG VON FLUCHT

Für eine Kehrtwende in der Asylpolitik

Aktuell sind weltweit so viele Menschen auf der Flucht wie nie zuvor. Vielen von ihnen fehlt es an dem Allernötigsten: An einem Dach über dem Kopf, Zugang zu Nahrung und sauberem Trinkwasser, medizinischer Versorgung und Schutz vor Übergriffen. Unzählige Menschen werden darüber hinaus in menschenrechtswidrigen Haftlagern festgehalten – aus dem alleinigen Grund, weil sie fliehen mussten und an einem anderen Ort Schutz suchen.

Die Kriminalisierung von Flucht muss gestoppt werden. Die militarisierte Abschottung der Grenzen und der Bau neuer Mauern, die Entrechtung, Misshandlung und das Einsperren von Schutzsuchenden sind längst zum Markenzeichen der angeblichen Wertegemeinschaft EU geworden.

Retten statt Kriminalisierung – das wäre die eigentliche Aufgabe der EU

Die Bundesregierung ist für diese Politik maßgeblich mitverantwortlich. Selbst in der vorweihnachtlichen Zeit, in der viele Menschen spenden oder auf andere Art etwas für benachteiligte oder marginalisierte Personen in unserer Gesellschaft tun, unternahm die Ampelkoalition nichts, um das Leid an den Außengrenzen zu beenden. Von dem im Koalitionsvertrag selbst gesetzten Ziel eines Paradigmenwechsels in der Migrationspolitik findet sich in ihrem praktischen Handeln keine Spur. Übrigens: Der Europäische Gerichtshof hat erst im Juni 2022 klar entschieden, dass die EU-Grundrechtecharta und das Asylrecht nicht mit Verweis auf einen vermeintlichen oder tatsächlichen Notstand außer Kraft gesetzt werden dürfen. So bald wie möglich muss Schutzsuchenden ein effektiver Zugang zur Asylantragstellung gewährleistet werden, so das Gericht.

Ich rufe die Bundesregierung, die EU-Staaten und die Kommission dazu auf, die Politik der Schande an den Außengrenzen zu beenden und eine Kehrtwende in der EU-Asylpolitik einzuleiten. Schluss mit Haftlagern, Grenzverfahren und illegalen Zurückweisungen, hin zu einer solidarischen Aufnahmepolitik, die die Rechte der Schutzsuchenden in den Mittelpunkt rückt!

Clara Bünger, MdB

Frido Seydewitz 2014 in seinem Garten

DRESDNER LEBENSLÄUFE

Fridolin »Frido« Seydewitz

Am 7. Februar 1919 wurde Fridolin Seydewitz in Leipzig geboren. Als Sohn von Max Seydewitz erlebte er schon als Kind die Sozialdemokratie hautnah, erlebte das Auf und Ab in der politischen Arbeit mit der zeitweise illegalen Tätigkeit seines Vaters und auch dessen Parteiausschluss. Folglich engagierte Frido sich im sozialistischen Jugendverband »Rote Falken«. Im März 1933, die Familie lebte seit 1930 in Berlin, wurde er mit seinem älteren Bruder durch die SA in der Wohnung gefangen genommen. Die Eltern konnten, durch die Söhne gewarnt, mit der Tochter in die Tschechoslowakei fliehen. Nachdem die Brüder der Haft entkamen, folgten sie der Familie.

1935 emigrierten Fridolin und sein Bruder Horst nach Moskau. Doch statt Bleiberecht folgte die Verhaftung unter dem Vorwand, dass sie mit dem bei ihnen gefundenen Fahrtenmesser Stalin haben umbringen wollen. Nach fast einjähriger Haft erging das Urteil: acht Jahre Arbeitslager im Gulag von Kolyma, wo er anfangs in einer Goldgrube arbeiten musste. 1948 konnte er nach Deutschland zurückkehren. Er arbeitete zunächst im Dresdner Jugendamt und nahm 1950 ein Jurastudium auf. Danach war Fridolin Seydewitz als Staatsanwalt mit dem Schwerpunkt Wirtschaftskriminalität tätig.

Am 12. November 1961 rehabilitierte ihn das Oberste Gericht der UdSSR. Trotz seiner bitteren Erfahrungen in der Sowjetunion blieb er sein Leben lang den Idealen des Friedens und des Sozialismus treu. Bis zu seinem Tod setzte er sich aktiv für eine linke Perspektive in unserem Land ein. Fridolin Seydewitz wohnte in Dresden Weißer Hirsch. Er starb am 10. April 2016 in Dresden.

Sybille Streitenberger

Von der Ausgrenzung zur Vernichtung

Zum Gedenken an den Völkermord an den Sinti und Roma

Vor 80 Jahren, am 16. Dezember 1942, ordnete Heinrich Himmler als Reichsführer-SS mit dem sogenannten Auschwitz-Erlass die Deportation der zu diesem Zeitpunkt noch innerhalb des Deutschen Reichs lebenden Sinti und Roma in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau an. Der Erlass stellte die letzte Stufe der sich seit der Machtübertragung an die Nationalsozialisten immer weiter eskalierenden Ausgrenzung aller als »Zigeuner« definierten Menschen dar und bildete die Grundlage für den Porajmos, den Völkermord an den europäischen Sinti und Roma.

Dieser und der ihm zugrundeliegende Antiziganismus sind bis heute weit weniger gründlich erforscht als die Shoa. Dabei ging den Massenmorden seit Beginn des Zweiten Weltkriegs in Osteuropa, genau wie bei der Shoa, eine flächendeckende Unterdrückungspolitik voraus, an der in hohem Maße die unteren Ebenen von Polizei und Verwaltung beteiligt waren. Nachdem 1937 die zentral organisierte Erfassung von Sinti und Roma erfolgt war, internierten lokale Behörden diese in zahlreichen Orten in besonderen »Zigeunerlagern«. Bereits kurz nach dem Überfall Nazideutschlands auf Polen am 1. September 1939 begannen erste Planungen zur systematischen Deportation und Vernichtung von Sinti und Roma aus dem Deutschen Reich in das besetzte polnische Generalgouvernement, die dann ab dem Frühjahr 1940 in mehreren Wellen erfolgten. Im Herbst 1941 wurden auf Befehl Himmlers über

Stele für die in Auschwitz ermordeten Sinti und Roma aus Ravensburg. Das jüngste Opfer war zwei Jahre alt

Insgesamt fielen bis zu 500.000 Sinti und Roma dem Rassenwahn der Nazis zum Opfer

5000 österreichische Sinti und Roma in das Ghetto Lodz deportiert, von wo sie im Januar 1942 in das Vernichtungslager Chelmno gebracht und dort vergast wurden. Zu diesem Zeitpunkt hatten Einsatzgruppen in den besetzten Gebieten in Polen, der Sowjetunion und in Südosteuropa bereits zehntausende Roma systematisch ermordet.

Tief verwurzelter Antiziganismus

Ein Schnellbrief des SS-Reichssicherheitshauptamts (RSHA) vom 29. Januar 1943 regelte haarklein mit Richtlinien und Ausführungsbestimmungen zum »Auschwitz-Erlass«, wer deportiert werden sollte und wie die einzelnen Kriminalpolizeistellen die Organisation der Deportation bewerkstelligen sollten: Sie hatten Listen zu erstellen, Verhaftungen vorzunehmen, Transporte zu Abfahrtbahnhöfen zu regeln, Einlieferungsanzeigen für das KZ Auschwitz zu machen und Karteikarten für die »Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens« auszufüllen. Sinti und Roma wurden aus ihren Wohnungen und aus den Sammellagern geholt und in Güterwagen nach Auschwitz transportiert.

Die Deportationen aus dem Deutschen Reich begannen Ende Februar 1943 und betrafen bis 1944 mehr als 12.000 deutsche Sinti und Roma. Insgesamt verschleppten die Nationalsozialisten von März 1943 bis Juli 1944 mehr als 23.000 Roma und Sinti aus elf Ländern Europas nach Auschwitz. Nahezu alle fanden dort den Tod. Insgesamt fielen geschätzte 220.000 bis 500.000 Sinti und Roma in Europa dem Rassenwahn der Nationalsozialisten und dem an ihnen systematisch geplanten Völkermord zum Opfer. Sie dürfen nie in Vergessenheit geraten und verpflichten uns in unserem Kampf gegen Rassismus und den nach wir vor tief verwurzelten Antiziganismus in der deutschen Gesellschaft nicht nachzulassen.

Jan Korte, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Literatur

Ede und Unku – das Kinderbuch von Alex Wedding macht deutlich, wie kurz der Weg von der Ausgrenzung zur Vernichtung war

BUCHTIPP

ÖPNV zum Nulltarif

Wie sehen die internationalen Erfahrungen mit Forderungen nach einem ÖPNV-Nulltarif und mit praktizierten Gratis-Modellen aus? Das große öffentliche Interesse an dem Thema in Deutschland erfordert einen Blick über den nationalen Tellerrand. Laut Infratest dimap sind in Deutschland über 70 Prozent der Bürgerinnen und Bürger für die Gratis-Nutzung des ÖPNV. Das war nicht immer so, obwohl bereits bei den Protesten gegen die ÖPNV-Fahrpreiserhöhung 1971 in Dortmund ein Nulltarif gefordert wurde.

Auch der Schriftsteller Josef Reding argumentierte damals dafür und die Gruppe Ton Steine Scherben ermutigte 1972 in Westberlin zum »Schwarz-Fahren«. 1962 probte Commerce, ein Vorort von Los Angeles, den Nulltarif. Der wurde dann 1971 im französischen Colomiers und bald darauf in Rom und Bologna getestet. Heute haben circa hundert Städte und Gemeinden jegliche ÖPNV-Tarife abgeschafft. Davon befinden sich 27 in den USA und 56 in Europa. Aber die Zahl der produzierten und genutzten PKW wächst weiter, die sozialen Probleme und die Zerstörung der natürlichen Lebensbedingungen nehmen dramatisch zu.

Platz für alle und kostenlos? Gar keine so neue Forderung

Es geht also beim Nulltarif um die Frage nach einem Einstieg in eine sozial-ökologische Verkehrswende im Kontext mit einer tiefgreifenden sozialökologischen Transformation. Die Produktions-, Konsumtions- und Gesellschaftsstrukturen müssen grundsätzlich umgestaltet werden.

Die Herausgeber:innen Michael Brie und Judith Dellheim arbeiten am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. *Die Redaktion*

■ Nulltarif. Luxus des Öffentlichen im Verkehr: Widersprüchlicher Fortschritt einer Idee im ÖPNV, Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 240 Seiten, 16,80 Euro, ISBN 978-3-96488-011-6

Weniger CO_2, weniger Lärm, weniger teuer, aber auch weniger Platzbedarf in der Stadt: das Fahrrad

Die Verkehrswende gestalten

Beginn einer Debatte auf Basiskonferenz in Dresden

Als Partei sollte es unsere vorderste Aufgabe sein, politische Fragestellungen zu diskutieren und uns dazu zu positionieren. Es war schön zu sehen, dass wir uns am 14. Dezember zu unserer Basiskonferenz Mobilität diesem Anspruch gestellt haben und auch zu großen Teilen gerecht geworden sind. Während wir noch letzte technische Problem lösten und den Ablauf final besprachen, kamen auch schon die ersten Genoss:innen durch die Tür im Haus der Begegnung. Insgesamt sollten es um die 30 Teilnehmende werden.

Unter ihnen auch vier Experten, denen wir nach der Begrüßung auch gleich die Bühne gaben. Als Erstes sprach Martin Gawalek, Centerleiter Verkehrsmanagement/Marketing der DVB, zu den Aufgaben und Herausforderungen der Verkehrsbetriebe. Als nächstes präsentierte einer der beiden Vertreter des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs Dresden Alex Bereza die verkehrspolitische Perspektive von Fahrradfahrer:innen. Er legte noch einmal Wert auf die zahlreichen Vorteile der Mobilität mit dem Fahrrad und mahnte, nicht vor der Debatte um die Flächenverteilung im Verkehrsbereich zurückzuschrecken.

Es kamen viele spannende Ideen zusammen

Den letzten Input hielt Alexander Kraft von Probst & Consorten, einer Marketing-Beratung für den öffentlichen Verkehr. Ihn baten wir, auf die Rolle des motorisierten Individualverkehrs (MIV) einzugehen. Obwohl das für ihn aufgrund des Berufsfeldes keine natürliche Aufgabe war, bekamen wir auch von ihm eine sehr gute und ausgewogene letzte Präsentation.

Kontroverse Diskussionen

Nach diesen Einstiegsvorträgen wurde uns schon bewusst, dass die Zeitplanung wie so häufig etwas knapp bemessen war, denn wir hatten noch Einiges vor. Als Nächstes sollte in drei Kleingruppen ÖPNV, Rad- und Fußverkehr und MIV fokussierter über das Gehörte sowie weitere Meinungen und Ideen diskutiert werden.

Während sich die ersteren beiden Gruppen prinzipiell auf den Vorrang des Umweltverbundes bei der Flächenverteilung und Verkehrslenkung einigen konnten, war die Debatte in der Gruppe zum Thema MIV am kontroversesten. Hier wurde aus aktuellem Anlass und stellvertretend für das Problem viel über die Kosten des Anwohnendenparkens diskutiert. Abseits dieses übergreifenden Themas wurde sich zu verschiedenen konkreten Aspekten ausgetauscht, und es kamen viele spannende Ideen zusammen. Derzeit sind wir als Organisierende noch in der Aufarbeitung der Ergebnisse und werden versuchen, diese zeitnah zur Verfügung zu stellen.

Grundsätzlich schien uns die Veranstaltung ein gelungener Auftakt für die Debatte. Sie geht aber weiter – und sie braucht Mitstreiter:innen! Deswegen: Wenn Du ein:e Verkehrsspezialist:in bist, im Verkehrsbereich arbeitest, Verkehr studierst, auf der Straße – ob für bezahlbare Mobilität oder ökologische Verkehrswende – aktiv bist oder dich einfach nur für den Verkehr interessierst, schreib an artyom@dielinke-dresden.de und wirke an der Diskussion darüber mit, wohin und vor allem wie sich Dresden bewegt.

Paul Senf und Artyom Stassyuk

Ein langer Weg

Der »Rote Baum« wird 30 und lädt zur Feier

Donnerstag, 17 Uhr. Jeden Donnerstag. Das Haus der Begegnung auf der Franz-Liszt-Straße 13 verwandelte sich für den Rest des Abends in ein Tollhaus. Die alte Villa in Dresden-Strehlen, bis 1990 Sitz der Stadtbezirksleitung Dresden-Süd der SED, wurde seit 1992 von einem seltsamen Völkchen gestürmt. Kaum jemand über 20 Jahre alt, mit Frisuren auf dem Kopf sowie in Kleider gewandet, die sie den Vornutzern unweigerlich als feindlich-negative Elemente ausgewiesen hätten.

Dabei saßen die Reste der Dresdner SED, nun als PDS firmierend, noch immer in der alten Stadtbezirksleitung – nur hatte sich personell auch hier einiges getan und also freute man sich über die jungen Leute, die kamen um zu schwatzen, die Computer und Treppenhäuser zu belagern, alles Mögliche zu rauchen und zu trinken, Kaffee und Tee kochten, flirteten und kleine Gemeinheiten gegen die große, neue Politik ausheckten – schlicht gesagt: ihre körperliche und politische Pubertät auslebten. 50 bei Sonnenschein, an die 100 bei Sauwetter, jeden Donnerstag wie gesagt.

Angerührt hatten das Treiben die Ältesten von ihnen: Tilo Kießling, Jens Matthis, Ralf Seifert und Frank Elsner – alle vier gingen damals schon straff auf die 25 zu! Im Jahre 1993 erfolgte schließlich die Gründung der Truppe als eingetragener, gemeinnütziger Verein, unter dessen Dach sich kleine Projekte gründeten: Ein Ökocafe um Susi Rentzsch, eine Klettergruppe um Frank Elsner, eine Foto-, Umwelt- und Töpfergruppe um Katja Kipping, das Jugendweiheprojekt von Rica Gottwald, eine Kleinzeitung namens »UnDagrund« um Robert Ehrlich und schließlich die Organisation von Ferienlagern.

Über 25.000 Dresdner Kinder und Jugendliche können über ihre Zeit in Projekten des »Roten Baumes« berichten

Letzteres stieß dann schnell an Grenzen des ehrenamtlich noch Leistbaren und da der Autor dieses Textes gerade nichts Besseres zu tun hatte, übernahm er 1994 die Ferienlager hauptamtlich auf ABM-Basis. Zwei Jahre später trug das Ferienlager-Projekt sich selbst und es dauerte bis 2003, als er – merklich gealtert – seinen Job an eine jüngere Kraft abgab. Die hieß Annekatrin Klepsch. Mit einer kurzen Unterbrechung blieb das Projekt dann auch in Frauenhand, heute führt Yaki Muth dort das Zepter.

Gründungsgemäuer: Das alte Haus der Begegnung in Strehlen. Von der PDS 1995 an eine Erbengemeinschaft abgegeben

Neue Gegend, neue Projekte

Da war der Verein schon längst anerkannter freier Träger der Jugendhilfe und inzwischen umgezogen, ins neue Haus der Begegnung auf der Großenhainer Straße 93 und hatte nebenbei Fördermittel für den Neubau eines Jugendhauses am gleichen Standort ergattert, welches dann auch gebaut wurde, bis heute steht und 2021 um einen Anbau erweitert wurde.

Erweitert hatte der »Rote Baum« auch seine Angebote innerhalb Dresdens, wie Streetworker-Projekte, Schulsozialarbeit, Europäischer Freiwilligendienst und Eltern-Kind-Büros. Aber auch außerhalb von Dresden gibt es heute den »Roten Baum«, so in Zwickau und – als Betreiber von Jugendhäusern und Träger von Ferienlagern und internationalem Jugendaustausch – vor allen Dingen in Berlin, wo Martin Kleinfelder schier Unglaubliches leistete und leistet. Über 25.000 Kinder und Jugendliche – viele davon inzwischen selbst erwachsen und selbst Eltern – können allein in Dresden über ihre Zeit in Projekten des »Roten Baumes« berichten.

Ob in Ferienlagern, bei den Jugendweiheveranstaltungen – aber auch als Betreuer:innen in Ferienlagern, Begleiter:innen in Jugendweihe- und Schulprojekten. Hier wurden Bands und Familien gegründet, Berge erklommen, Länder erkundet, gelacht und geweint, gefeiert und getrauert. Politische Karrieren wurden hier begonnen, Freundschaft und Gemeinschaft gelebt. »Baumkinder« der frühen Jahre sind heute Ärzt:innen, Politiker:innen, Unternehmer:innen, Ingenieur:innen, Lehrer:innen, Wissenschaftler:innen … – sind Teil unserer Gesellschaft, und zwar ein Teil, der vom Wertekanon des »Roten Baumes« mitgeprägt wurde.

Es ist an dieser Stelle Dank auszusprechen: Zuerst an alle, die hier gar nicht genannt werden können weil der Platz nicht reicht, die aber diese 30 Jahre mitgestaltet haben – seid herzlich gegrüßt und umarmt! Zudem aber allen, die uns finanziell, ideell, mit Ideen und Kritik unterstützt haben, die uns in den Hintern getreten und Tränen getrocknet haben.

Danke, liebe Freundinnen und Freunde, Danke, liebe Genossinnen und Genossen! *Uwe Schaarschmidt*

Wir hoffen, viele von euch am 28. Januar zu unserer Geburtstagsparty zu sehen. Wo? Natürlich im »Haus der Begegnung«. Wann? Beginn ist 19 Uhr.

Wertekanon des »Roten Baums«

- Wir sind vielseitig schöpferisch tätig, um junge Menschen zu bilden und ihnen Kompetenzen und unsere Werte zu vermitteln.
- Wir sind uns bewusst, dass jeder Mensch wertvoll ist und die Chance haben muss, sich unabhängig von seiner ethnischen, sozialen und kulturellen Herkunft selbst zu verwirklichen. Deshalb begegnen wir jedem Menschen mit Respekt und Neugier.
- Wir wollen die Welt erkennen, um das dadurch gewonnene Wissen zum Wohle von Mensch und Natur einzusetzen.
- Wir prüfen unsere Handlungen und bestimmen unsere Ziele für die Zukunft im Wissen um die Erfolge und Fehler unserer Vorfahren.
- Wir wissen, dass diese Gesellschaft vielen Menschen ihre natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen entzieht und kämpfen aus diesem Grund aktiv gegen bestehende Ungerechtigkeiten.
- Wir sind überzeugt, dass wir durch unser Handeln die Welt verbessern können.
- Wir wollen jungen Menschen eine kulturelle, soziale und politische Heimat sein.

roter baum

Das politische Geschehen einmal live erleben: bei einer Besucherfahrt in den Bundestag

BUNDESTAGSFAHRT

Auf nach Berlin!

Für die Besucherfahrt auf Einladung unserer Bundestagsabgeordneten Clara Bünger nach Berlin und sind noch Plätze frei. Es handelt erstmals um eine Drei-Tages-Fahrt mit zwei Übernachtungen im Hotel sowie Verpflegung und Programm. Die Fahrt ist kostenlos, das Mindestalter für Teilnehmerinnen und Teilnehmer beträgt 18 Jahre, eigene Kinder oder Enkel können jedoch in Begleitung mitreisen. Parteimitgliedschaft ist ausdrücklich keine Voraussetzung für die Teilnahme! Ihr könnt also auch Euren Verwandtschafts- und Freundeskreis von der Möglichkeit mitzufahren informieren.

■ Datum: 23. bis 25. März 2023, Start: 7.30 Uhr in Dresden, Busparkplatz am Flughafen Dresden, Rückfahrt ab Berlin: gegen 17 Uhr. Anmeldung unter: clara.buenger.ma06@bundestag.de Ihr bekommt dann eine Bestätigung mit genauem Programm und sonstigen Hinweisen.

■ Zur Anmeldung werden folgende Angaben benötigt: Vorname, Name, Anschrift, Geburtsdatum, Geburtsort, Mobiltelefon, vegetarisches Essen ja/nein, Mit wem im Zimmer oder Einzelzimmer

JANUAR/FEBRUAR/MÄRZ

Termine und Veranstaltungen

Blutspenden beim DRK
■ 24. Januar, 15 Uhr, »Haus der Begegnung«, Saal, Termine: https://terminreservierung.blutspende-nordost.de/m/haus-der-begegnung

30 Jahre »Roter Baum« – Party und Konzert
■ 28. Januar, 19 Uhr »Haus der Begegnung« und Jugendhaus »Roter Baum«, Eintritt frei

Buchvorstellung: Caren Lay – »Wohnopoly. Wie die Immobilienspekulation das Land spaltet und was wir dagegen tun können«
■ 30. Januar, 19 Uhr, »Wir AG«

Sozialberatung

Nach ausschließlich vorheriger Terminvereinbarung bieten wir in der Regel mittwochs ab 17 Uhr Beratung zu sozialrechtlichen Themen in der Geschäftsstelle der LINKEN im »Haus der Begegnung« an. In besonderen Fällen kann die Beratung auch an anderen Tagen stattfindet.
■ Kontakt: sozialberatung@dielinke-dresden.de, Telefon 0351/8583801

Februar-Sitzung des Stadtvorstandes
■ 9. Februar, 18 Uhr, »Haus der Begegnung«, Saal

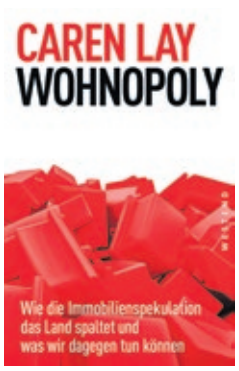
Mitgliederversammlung DIE LINKE. Dresden-Nord
■ 15. Februar, 19 Uhr, Volkssolidarität, Putbuser Weg 18, Interessierte sind herzlich eingeladen

Mitgliederversammlung DIE LINKE. Dresden-Nord
■ 15. März, 19 Uhr, Volkssolidarität, Putbuser Weg 18, Interessierte sind herzlich eingeladen

März-Sitzung des Stadtvorstandes
■ 16. März, 18 Uhr, »Haus der Begegnung«, Saal

BUCHVORSTELLUNG MIT CAREN LAY

Stopp der Spekulation



Die Wohnungsfrage ist die soziale Frage unserer Zeit. Doch statt sie anzugehen, werden Fehlentwicklungen systematisch politisch gefördert. Wohnungen sind zu reinen Spekulationsobjekten verkommen. Hohe Nachfrage und sogenannte Zwangssanierungen lassen die Mieten explodieren und zwar nicht nur in den Großstädten, sondern auch im Umland. Menschen werden aus jahrzehntelang gewachsenen, sozialen Strukturen gerissen, gentrifizierte Viertel zu Soziotopen der Besserverdienenden. Wie konnte es soweit kommen? Warum unternimmt die Politik so wenig, um Mietenwahnsinn und Spekulation endlich zu stoppen? Und was muss getan werden, damit Wohnen endlich wieder bezahlbar wird? Caren Lay nimmt die deutsche Wohnungspolitik der letzten 20 Jahre schonungslos unter die Lupe, zeigt auf, wie und warum Deutschland zum Eldorado für Wohnungsspekulation werde konnte und liefert provokante Ideen für eine soziale Wohnungspolitik, die wir so dringend brauchen. Ein besonderes relevantes Thema in einer Stadt wie Dresden, wo Mieten und Bodenpreise seit Jahren explodieren.

Die Redaktion

■ Buchvorstellung und Diskussion: Caren Lay – »Wohnopoly«, 30. Januar, 19 Uhr, »Wir AG« (Martin-Luther-Straße 21)

Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen

Marx für Einsteiger*innen

Seminar mit Almut Woller (macht Demokratiepädagogik und forscht zu Räten) und Matthias Roeskens (beschäftigt sich mit Politischer Theorie und macht Asylverfahrensberatung)
■ 28./29. Januar, 10 Uhr, Kulturbüro Sachsen, Bautzner Straße 45

Ökosozialismus

Diskussion und Vortrag mit Alexander Neupert-Doppler (Politikwissenschaftler und Philosoph, Hochschule Düsseldorf)
■ 15. Februar, 19 Uhr, »Wir AG«, Martin-Luther-Straße 21

Der kommende Krieg. Der Konflikt zwischen USA und China

Diskussion und Vortrag mit Ingar Solty, Politikwissenschaftler (Berlin)
■ 22. Februar, 19 Uhr, »Wir AG«, Martin-Luther-Straße 21

»Gefängnis oder Exil« – Schicksal von Bürgermeister:innen der HDP unter Erdoğan

Film und Diskussion mit: Nursel Aydoğan (ehemalige Abgeordnete der HDP), Fırat Anlı (ehemaliger Oberbürgermeister von Diyarbakir), Zülküf Karatekin (ehemaliger Bürgermeister von Kayapinar-Diyarbakir), Adil Demirci (Produzent des Films, Sozialwissenschaftler), Moderation: MdB Clara Bünger.
Eine gemeinsame Veranstaltung des Abgeordnetenbüros Clara Bünger und der RLS Sachsen
■ 24. Februar, 19.00 Uhr, »Wir AG«, Martin-Luther-Straße 21

Unsere Veranstaltungen werden mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Junge Menschen kämpfen für eine Zukunft, die ihre Kritiker:innen nicht mehr betrifft

Der wahre Ökoterrorismus

Betrachtungen zu einer medialen und politischen Gegenkampagne

»Wahrscheinlich wird ein bedeutender Teil der Erde quasi unbewohnbar« titelte die FAZ im vergangenen November. Die Schlagzeile ging in der Aufregung um Sitzblockaden und »Kunstbeschädigungen« angeblicher Ökoterrorist:innen unter. Genauso wie die meisten anderen verheerenden Meldungen über die Zukunft des Planeten Erde. Kann ja Keiner was dafür, wenn ständig eine Krise dazwischenkommt. Da ist eben nichts zu machen. Problematisch ist nur, dass eben keine paar Jahrzehnte mehr Zeit sind, um die schlimmsten Folgen der drohenden Klimakatastrophe abzuwenden. Im Gegenteil. Die Zeit drängt mehr denn je und achtet nicht auf die wirtschaftlichen Befindlichkeiten von Privatpersonen, Unternehmen oder Staaten.

Welt am Limit

Wir sollten uns daher immer wieder klar machen, was Klimawandel wirklich bedeutet und wohin das aktuelle Handeln führt. Die Bewohnbarkeit großer Teile des Planeten steht in Frage. Ökosysteme werden vor dem Kollaps stehen. Korallenriffe wären bei einer Erwärmung um zwei Grad Celsius vollständig ausgerottet. Die Arktis wäre regelmäßig eisfrei. Ganze Ländereien und Staaten werden untergehen. Allein bis 2050 wird es mehr als 200 Millionen Menschen geben, die wegen des Klimas auf der Flucht sein werden. Hitzewellen, Hitzetote, Hunger, Wasserknappheit, Waldbrände – wir erinnern uns an die Sächsische Schweiz – und und und.

Erscheint es angesichts dieser harten Fakten also wirklich so abwegig, dass sich der Protest für eine klimafreundliche Politik, die nur noch wenige Jahre Zeit hat, versucht, stärker bemerkbar zu machen? Wir erleben eine globale Krise, in der es um nichts weniger als das Überleben der uns bekannten Natur, womöglich des Menschen selbst geht. Der wahre Ökoterrorismus wird durch die Energiekonzerne, Autohändler und nicht zuletzt Regierungen dieser Welt begangen.

Geschürte Aggressionen

Doch statt diese Debatte zu führen, wird nur noch über die Methoden der Aktivist:innen der Letzten Generation gesprochen. Rechtspopulistische Medien wie der Springer-Konzern inszenieren Hand in Hand mit der Klimaleugner:innen-Lobby bewusst eine aggressive Stimmung gegen den Klima-Protest. Rechtspopulistische Parteien nehmen das Feindbild dankbar an. Dabei wird nicht nur versucht, die Protestform, sondern auch das Anliegen an sich lächerlich zu machen.

Doch weder die Anliegen, noch die Protestformen sind unangemessen. Ziviler Ungehorsam in der aktuellen Art und Weise ist eigentlich eine milde Ausdrucksweise. Straßenblockaden, die es am Rande bemerkt schon seit Ewigkeiten gibt, und Tütensuppen sind keine Gewalt. In anderen Protestkulturen wurden Autos angezündet, hier reicht es scheinbar, sich davor zu setzen, um als akute Staatsgefahr zu gelten. Staus kommen bei fast jeder Demonstration zustande, zumal sie ohnehin täglich in ganz Deutschland existieren. Die Sitzblockaden als Ursache für Staus und dadurch Tote zu benennen, ist daher etwas sehr weit hergeholt.

Weder Anliegen, noch Protestformen sind unangemessen

Kunstwerke wurden ebenso nicht relevant beschädigt. Dennoch sind »Klima-Terroristen« und RAF-Vergleiche scheinbar angemessen, während bewaffnete Reichsbürger:innen nur eine kleinen Randnotiz wert sind. Das Einstimmen in den Chor wenig intellektueller Wut-Kritik mag kurzfristig vielleicht populär sein. Dem Anspruch sozialer und weitsichtiger Politik wird das jedoch nicht gerecht. Die LINKE sollte sich diesen Anspruch jedenfalls bewahren und nicht auf die Manipulation der Gegner:innen des Klimaschutzes hereinfallen. Die Klimapolitik der Ampel ist dermaßen desaströs, dass ausreichend Potenzial dafür da wäre, Interessengruppen des Klimaschutzes für sich zu gewinnen, wenn man nur wollen würde. *Richard Adam*

PODIUMSDISKUSSION ZUR ABSCHAFFUNG DER SCHULPFLICHT

Eine heikle Frage

Die Schulpflicht abschaffen? Unter anderem diese Frage haben wir als Linksjugend am 29. November in einer Podiumsdiskussion mit Bildungswissenschaftler:innen, unserer bildungspolitischen Sprecherin Luise Neuhaus-Wartenberg, einem Schüler und einer Lehrerin diskutiert. Bei dieser radikal anmutenden Forderung geht es darum, dass eine Schulpflicht anti-emanzipatorisch ist und Bildung so attraktiv gestaltet sein muss, dass Schüler:innen freiwillig und gern teilnehmen.

Es wurden viele strukturelle Defizite der Institution Schule benannt, so dass auf dem Podium Konsens bestand, es sollte keine Pflicht geben, in die Schule gehen zu müssen. Trotzdem sollte eine Bildungspflicht dafür sorgen, dass alle Bürger:innen mündig sind und an der Gestaltung unserer Gesellschaft mitwirken können. Im Zuge dessen konnten wir schlussendlich als eines der Problemfelder auch noch kurz die Mitwirkungsmöglichkeiten von Schüler:innen, insbesondere bei der Unterrichts- und Lehrplangestaltung, diskutieren. Die Veranstaltung wurde aufgezeichnet und kann auf dem Youtube-Kanal der Linksjugend Sachsen nachgeschaut werden. *Paul Senf*

Auslöser für die Proteste im Iran: Der Tod von Mahsa Amini

Neue Lage im Iran?

Der Westen versucht sich in einer Strategie, die zuverlässig nutzlos ist

Im Iran gab es in den letzten Jahren immer wieder Protestbewegungen, etwa gegen steigende Benzin- und Lebensmittelpreise oder Wasserknappheit. Doch der Tod der jungen Kurdin Jina Mahsa Amini wurde zum Auslöser eines Aufstands, wie ihn der Iran noch nie erlebt hat. Die 22-Jährige wurde am 13. September in der iranischen Hauptstadt Teheran von der Sittenpolizei festgenommen. Ihr wurde vorgeworfen, ihr Kopftuch nicht korrekt getragen zu haben. Während des Aufenthalts auf der Polizeiwache fiel Amini ins Koma und starb am 16. September in einer Klinik.

Kurz nachdem der Vorfall bekannt wurde, kam es zu landesweiten Protesten, die seither anhalten. Zehntausende protestieren gegen die Führung des Landes. Das Neue ist, dass die Frauen nun von vielen Männern unterstützt werden. Das ist ein wichtiger Unterschied, etwa zu Afghanistan. Doch was kann da das europäische Parlament leisten? Erstens wollen wir inhaftierte Protestierende vor der Todesstrafe bewahren. Zweitens geht es uns darum, die iranische Zivilgesellschaft in der europäischen Öffentlichkeit zu halten. Zum einen übernehmen wir Schutzpatenschaften für vom Tode bedrohte Protestierende. Ich habe drei davon, Politiker der LINKEN insgesamt 78. Zum anderen bauen wir sichere Kommunikationskanäle auf, damit die Zivilgesellschaft hör- und sichtbar bleibt.

So laden wir online auf sicheren Kanälen Protestierende, Angehörige Inhaftierter, aber auch Sportlerinnen und Sportler ein. Außerdem halten wir diplomatische Kanäle offen, um weiter für das Leben von Protestierenden einzutreten.

Rund 15.000 Regierungsgegner sind in Haft, fast täglich werden Todesurteile vollstreckt

Sanktionen treffen die Ärmsten

Aus meiner Sicht sind weitere Sanktionen kein geeignetes Mittel, da der Iran bereits zu den Ländern zählt, gegen die die meisten Sanktionen verhängt wurden. Dabei treffen Sanktionen vor allem die Ärmsten. Nicht wenige Abgeordnete wollen am liebsten alle Kontakte zum Iran abbrechen, auch das Anti-Atom-Abkommen. Ich halte das für falsch. Es kann uns nicht egal sein, ob sich der Iran im Mittleren Osten künftig als Atommacht aufstellt. Trumps Ausstieg aus dem Abkommen 2018 war ein historischer Fehler. Biden hatte es von Anfang schwer, den Faden wieder aufzunehmen. Er hat seinerseits die Verhandlungen erst einmal ausgesetzt. Wie sollte man denn auch jetzt unvoreingenommen weiterverhandeln? Rund 15.000 Regierungsgegner sind in Haft, fast täglich werden Todesurteile vollstreckt. Und der Iran hat begonnen, Mitglieder des Europäischen Parlamentes zu sanktionieren, die nun nicht mehr in den Iran einreisen dürfen. *Cornelia Ernst, MdEP*

MITTENDRIN
Sozialistische Schrift für Dresden

Impressum

Herausgeber
DIE LINKE. Dresden
Großenhainer Straße 93
01127 Dresden

Kontakt
Telefon: 0351/8583801
Fax: 0351/8583802
kontakt@dielinke-dresden.de
www.dielinke-dresden.de

V.i.S.d.P.
Uwe Schaarschmidt

Autor:innen dieser Ausgabe
Richard Adam, Sarah Buddeberg, Clara Bünger, Dr. Cornelia Ernst, Jan Korte, Jens Matthis, Uwe Schaarschmidt, Paul Senf, Sybille Streitenberger

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor.

Bildnachweise
Markus Spiske/unsplash (1); Julian Nyca/Wikimedia commons (2); Mika Baumeister/unsplash (2); Andreas Praefcke/wikimedia commons (3); Dr. Bernd Gross/ Wikimedia commons (5); Linksjugend Dresden (7); Tim Mossholder/unsplash (7); Artin Bakhan/unsplash (8)

Gestaltung und Satz
Ostsüdost

Druck
LR Druckerei GmbH

Auflage
Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 4000 Exemplaren gedruckt.
Digital lesbar ist die Ausgabe unter www.dielinke-dresden.de

Redaktionsschluss
5. Januar 2023

Unterstützung
Die Zeitschrift »Mittendrin« kann kostenfrei abonniert werden. Wir freuen uns jedoch über eine Spende, mit der Sie das Erscheinen unserer Zeitung unterstützen.
Spendenkonto:
DIE LINKE. Dresden
IBAN: DE94 8505 0300 3120 1714 16
Ostsächsische Sparkasse Dresden

DIE LINKE.
Stadtverband Dresden

Stadtrat beweist Handlungsfähigkeit

In der letzten Stadtratssitzung vor dem Jahreswechsel wurde der städtische Haushalt für die beiden kommenden Jahre beschlossen. Ein Erfolg, der Mut machen sollte

Mit Brief und Siegel. Der Dresdner Stadtrat hat den Haushalt beschlossen

Haushaltsverhandlungen können erfolgreich geführt werden, wenn es eine zügige Übereinkunft der demokratischen Fraktionen gibt, was die inhaltlichen Rahmenbedingungen der Gespräche sind. So hatte sich unsere Fraktion auch rechtzeitig auf die eigenen Positionen verständigt.

Unsere politischen Kernanliegen waren ähnlich beschrieben wie im letzten Jahr: Keinen Verlust an sozialer oder kultureller Infrastruktur zulassen, und das natürlich unter Beachtung der Kostensteigerungen bei den geförderten Einrichtungen und Projekten.

Radikale Streichungen drohten

Insbesondere bei den Förderetats von Jugendhilfe, Sozialem, Kultur wurde vom Oberbürgermeister ein Ansatz vorgegeben, der radikale Streichungen zur Folge haben würde, wenn es nicht gelänge, hier aufzustocken. Und allein in diesen Bereichen war es notwendig und am Ende auch möglich, über 28 Millionen Euro Erhöhung auszuhandeln.

Eines der prägendsten Papiere in der Dresdner Haushaltsdiskussion ist die sogenannte Mehrbedarfsliste. Diese wird uns als Folge einer Initiative der LINKEN vor einigen Jahren immer zur Verfügung gestellt und enthält die nicht im Haushaltsentwurf des Oberbürgermeisters dargestellten, aber dennoch inhaltlich begründeten Haushaltsbedarfe der einzelnen Ämter der Stadt. Summiert man diese Bedarfe, kommt man auf eine Milliardensumme, die kein Oberbürgermeister und gleich gar kein ehrenamtlicher Stadtrat auffinden kann und die keinesfalls durch Einsparungen oder Umverteilungen abzudecken ist. Diese Liste ist deshalb so prägend, weil sie klarmacht, dass eine Diskussion auf Basis von Argumenten wie »Dieses Geld wird für dieses Projekt dringend gebraucht« nicht zum Ziel führt. Gleichzeitig ist sie aber auch eine gute Basis dafür, den Verhandlungspartnern nachzuweisen, dass eine politische Prioritätensetzung auch fachlich und sachlich untersetzt ist.

Welche Deckungsquellen konnten erschlossen werden?

Woher kommt das Geld für die Veränderungswünsche der Haushaltsverhandler? Diese Frage muss natürlich ebenso schlüssig beantwortet werden. Hier gibt es klassischerweise einige wiederkehrende Positionen.

Man kann im Haushaltsentwurf aufgenommene Ansätze reduzieren. Das wird durchaus getan, ist aber sehr aufwändig, weil natürlich hinter den Haushaltspositionen jeweils fachliche und politische Notwendigkeiten stehen, die bei solchen Reduktionen in Frage gestellt werden. Wir haben es dennoch bei drei Positionen getan, am deutlichsten beim Vorschlag des Oberbürgermeisters, zum Scannen von Akten für den Umzug ins neue Verwaltungszentrum 8 Millionen Euro auszugeben.

Der Dresdner Stadtrat war und ist in der Lage, einen Haushalt zu beschließen, ohne mit der AfD und den rechtsoffenen Freien Wählern zu fraternisieren

Man kann neuere Erkenntnisse über Zuschüsse von Land und Bund in die Haushaltsplanung einbeziehen. Dies haben wir bei der vom Freistaat vorgenommenen Erhöhung der Zuschüsse im Kita-Bereich gemacht.

Man kann die Erwartungen über die Einnahmen positiver gestalten. Das haben wir angesichts der kaum vorhersehbaren Lage nur sehr vorsichtig getan, dennoch aber den Ansatz der Gewerbesteuereinnahmen leicht erhöht.

Man kann Deckungsbeiträge der städtischen Unternehmen einfordern. Das haben wir für die Sparkasse getan, da sich durch die Zinswende dort eine verbesserte wirtschaftliche Aussicht ergeben hat. Wir erwarten einen Beitrag von jährlich fünf Millionen Euro.

Und man kann, idealerweise für Investitionen, Kredite aufnehmen. Das ist in Dresden durch die Hauptsatzung verboten und außer unserer Fraktion würden dies alle anderen ablehnen. Allein in einem Begleitbeschluss für die Krankenhäuser der Stadt haben wir diese Option offengelassen.

Zum Wohle von Dresden handeln

In einem kommunalpolitischen Umfeld, das durch die Blockade zwischen Stadtrat und Oberbürgermeister geprägt ist, kann dieser gemeinsame Haushaltsbeschluss nicht hoch genug gewürdigt werden. Er zeigt nämlich, dass auch sehr unterschiedliche politische Kräfte, wenn sie sich gegenseitig zugestehen, zum Wohle der Stadt zu arbeiten, zu einer Einigung kommen können. In meiner Stadtratsrede habe ich gesagt: »Nehmen Sie die Verteilungsliste der fünf Fraktionen und versuchen Sie einmal herauszufinden, welcher Vorschlag ursprünglich von welcher Fraktion stammt. Sollen wir als LINKE wirklich gegen neue Stellen in den Schulsekretariaten sein, nur weil die CDU diesen Vorschlag gebracht hat?«.

Der Dresdner Stadtrat war und ist in der Lage, einen Haushalt für zwei Jahre zu beschließen, ohne mit der AfD und den rechtsoffenen Freien Wählern zu fraternisieren. Die demokratischen Kräfte des Stadtrates sind auf eine wertschätzende Art und Weise in der Lage, in einer wesentlichen kommunalpolitischen Frage zueinander zu finden und die unterschiedlichen politischen Interessen auszuhandeln. Dieses Qualitätssiegel sollten wir bei aller üblen Nachrede gegen unser Gremium immer wieder einmal hervorholen, anschauen und daraus Mut schöpfen. *Tilo Kießling*

MEHR GELD FÜR DIE STADTBEZIRKE

Gelebte Bürgernähe

Auch hier ist es der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat gelungen, ein Plus heraus zu handeln. Der Beleg? Ein Zitat aus dem interfraktionellen Ergänzungsantrag zum Haushalt: »Die Mittel, die den Stadtbezirksbeiräten zur Bewirtschaftung zur Verfügung stehen, werden um jeweils 500.000 Euro für die Jahre 2023 und 2024 gegenüber dem Ansatz im Haushaltsplanentwurf erhöht. Damit wird den Stadtbezirksbeiräten auch die Möglichkeit eröffnet, bestehende oder neue Stadtteilfonds zu unterstützen.« Eine gute Sache, meint nicht nur die Redaktion. Vor Ort entscheiden, was gut für den Ort ist, das ist gelebte Bürgernähe. *Die Redaktion*

WOHNEN IN DRESDEN

Auf Sparflamme

Im Doppelhaushalt 2023/24 schlägt die Wohnen in Dresden (WiD) jeweils jährlich mit 15 Mio Euro und 14 Mio Euro zu Buche. Dies reicht gerade, begonnene Bauvorhaben fertigzustellen, Grundstücke zu erwerben und neue Projekte (weiter) zu planen. Mit dem Baubeginn neuer Wohnungen ist derzeit nicht zu rechnen.

Zunächst geht derzeit das ursprüngliche Konzept der WiD nicht mehr auf, selbst nur die Grundstücke und deren Herrichtung aufzubringen sowie Planungs- und Projektentwicklungskosten zu stemmen, die reinen Baukosten aber durch die Sozialwohnungsförderung des Freistaates als Eigenkapital plus Kredite, also mittelbar durch die späteren Mieten zu finanzieren.

Projekte planen geht noch

Die im Zuge der Überhitzung des Baumarktes, der Pandemiekrise und auch des Ukrainekrieges explodierten Baupreise lassen bei gleichbleibender Förderung eine Bedienung der potenziellen Kredite nicht mehr zu, da die Mieten im belegungsgebundenem Segment ja gedeckelt sind. Städtisches Geld nachzuschießen, wäre ein falsches Signal an den Freistaat.

Geld würde auch nicht alle Problem lösen. Gerade in letzter Zeit waren in Folge der bekannten Marktverwerfungen am Bau Gewerke teils gar nicht zu bekommen, weil Kapazitäten oder Materialien nicht verfügbar waren. Insofern ist Zurückhaltung mit neuen Baustellen derzeit rational und wird auch von den kommerziellen Wohnungsunternehmen praktiziert, was für den Wohnungsmarkt in Dresden aber fatal ist, wenn die Stadt wächst und die Wohnungsnot steigt.

Tilo Wirtz

Soziales gesichert

Erneut versuchte die Verwaltung Hand in Hand mit dem OB das Sozialbudget einzufrieren. Durch die konstruktive Zusammenarbeit konnte dies abgewendet werden

Mehr Mittel für Kinder und Jugendliche

Es ist uns gelungen, durch den fraktionsübergreifenden Haushaltsbeschluss Kürzungen im Sozialbereich zu verhindern. In dem umfangreichen Änderungsantrag, den wir gemeinsam mit den Grünen, CDU, SPD und FDP erarbeitet haben, sind unter anderem zusätzliche Mittel in Höhe von 8,2 Millionen Euro für die Bereiche Soziales, Gleichstellung und Gesundheitsprävention enthalten. Dieses Plus sichert Angebote, zum Beispiel die Suchthilfe, die medizinische Beratung von Wohnungslosen, die umfangreiche Weiterentwicklung in der Seniorenarbeit, Angebote für Gesundheitsförderung von Frauen, Beratungsstellen für Arbeitslose oder auch Beratungsangebote für Gewaltbetroffene.

Wir haben im Haushalt 100.000 Euro für die Krisenbewältigung verankert

Als LINKE sind wir mit der Priorität in die Haushaltsverhandlungen hereingegangen, die soziale Infrastruktur zu erhalten. Das ist gelungen. Kein Träger muss schließen, Personal entlassen oder Öffnungszeiten kürzen. In Anbetracht der aktuellen Situation, wo die finanziellen Sorgen etlicher Dresdner:innen massiv zugenommen haben, wäre es fatal, wenn nun auch noch die sozialen Angebote weggekürzt werden. Mit den zusätzlichen Geldern ist die soziale Infrastruktur gesichert. Projekte wie die Hebammenförderung, die Anlaufstelle für Alleinerziehende oder der Akazienhof können ihre wertvolle Arbeit fortsetzen.

Auch für die Beauftragen der Stadt für Gleichstellung, für Kinder und Jugendliche, für Integration und Ausländer:innen sowie für Senior:innen und Menschen mit Behinderung konnten wir in dem Änderungsantrag deutlich mehr Mittel hinein verhandeln. Hier sah der Haushaltsentwurf von Oberbürgermeister Hilbert deutliche Kürzungen vor. Erneut schlug er vor, das Budget einzufrieren, auf dem Niveau von 2016! Das vierte Mal in Folge ist es gelungen, dieses krasse Eindampfen insbesondere der Gleichstellungsarbeit abzuwenden.

Und schließlich haben wir im Haushalt 100.000 Euro für die Krisenbewältigung verankert. Mit Hilfe eines neuen Fonds wollen wir auf Härtefälle in der Energiekrise reagieren, zum Beispiel im Fall von Strom- und Gassperren. Die konkrete Ausgestaltung diskutieren wir in diesem Jahr.

Pia Barkow

Auch Friedhöfe sind beliebte, grüne Orte zum durchatmen

Leben in einer gesunden Stadt

Die grüne Lunge ist auch Teil der sozialen Lunge

Natürlich gehörte in der Diskussion um den Doppelhaushalt 2023/2024 zuallererst, Leistungskürzungen im Sozial- und Jugendbereich zu verhindern. Für uns als DIE LINKE ist das Eintreten für eine gesunde Umwelt jedoch ebenso dringend geboten. Ich verstehe das als einen wichtigen Teil unseres sozialen Engagements.

Die Folgen des Klimawandels trifft Menschen mit kleinem Geldbeutel in der Regel am härtesten. Sie haben kaum die Möglichkeit Wettereskapaden auszuweichen. Deshalb haben wir LINKEN bei der Verhandlung des Doppelhaushaltes auch auf Bereitstellung von Geldern für Baumpflanzungen, für Maßnahmen zur weiteren Begrünung der Innenstadt, zur Wegesicherung inklusive Forstpflege, für den Winterdienst (inklusive Fuß- und Fahrradwege), besonderen Wert gelegt.

Zum Bereich der Anpassungsmaßnahmen und nachhaltigem Hochwasserschutz gehören auch die zusätzlich eingestellten Gelder für die Entwicklung von Dresden als Schwammstadt in der das Regenwasser vor Ort aufgenommen werden soll. Außerdem wurden mit unserer Unterstützung Gelder zur Umsetzung des Friedhofsentwicklungskonzeptes sowie für den Unterhalt kirchlicher Friedhöfe eingestellt. Für manchen mag es befremdlich klingen, aber die Friedhöfe in der Stadt sind in manchen Stadtgebieten, wie zum Beispiel in Löbtau, die größten grünen Zonen und damit besonders im Sommer ein beliebter Aufenthaltsort.

Der Klimawandel trifft Menschen mit kleinem Geldbeutel am härtesten

Margot Gaitzsch

KRANKENHAUSSANIERUNG

Beitrag zum Ausbau sozialer Infrastruktur

Krankenhaus: Qualität und Ausstattung verbessern

Für das Städtische Klinikum Dresden, dessen Geschichte bis ins Jahr 1849 zurückreicht, hatte der Stadtrat bereits Mitte 2021 ein langfristiges Entwicklungskonzept zur strategischen und baulichen Entwicklung, für die kommenden 15 Jahre, beschlossen. Um die weitere, stufenweise Umsetzung in der Haushaltsperiode 2023/24 zu realisieren, wurde durch die haushaltstragenden Fraktionen erstmals auch die Möglichkeit, neben der Inanspruchnahme von Landes- und Bundesmitteln, zur Kreditaufnahme durch den Eigenbetrieb eröffnet. Auch das ist ein Erfolg für die Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat im Interesse der Dresdner Bürgerinnen und Bürger. *Die Redaktion*

FINANZIERUNG DER DVB

Geld aus dem Stadtsäckel

Gegenstand des Haushaltsbeschlusses ist unter anderen die seit den frühen 1990er Jahren erstmalige Mitfinanzierung der DVB durch die Stadt. Dieser guten Entscheidung war ein fast zweijähriger Kampf vorausgegangen.

Wie war es bisher? Auch bisher wurde die DVB nicht ausschließlich aus Fahrpreisen und staatlichen Fördermitteln finanziert. Vielmehr beteiligte sich die Technischen Werke Dresden über einen sogenannten Verlustausgleich, gespeist aus den Gewinnen der kommunalen Energieversorgung.

Über fast zwei Jahrzehnte war dies auf 40 Millionen Euro gedeckelt, die real wachsenden Kosten des real wachsende Bus- und Bahnverkehrs wurde ausschließlich von den Fahrgästen bezahlt. Opfer bringen mussten auch die Beschäftigten der DVB, sie gehörten zu den Schlechtbezahltesten in der Branche.

Klar war, dass das nicht ewig gut gehen konnte. In einer wachsenden Stadt bei einer aus Klimaschutzgründen zwingend notwendigen Verkehrswende muss der öffentliche Nahverkehr an vielen Stellen zwingend wachsen. Geld wird gebraucht: für größere Fahrzeuge, für Baumaßnahmen, für eine bessere Bezahlung des guten Fachpersonals und nicht zuletzt für gestiegene Energiepreise.

Da dies allein aus den Überschüssen der Energieversorgung nicht mehr möglich ist, wurden zunächst absurde *Lösungen* gesucht. Ein *Gutachten* im Sommer 2021 wollte unter anderen Straßenbahnen durch Busse ersetzen. Alle Fachexperten schüttelten nur die Köpfe, ein Antrag der LINKEN und mehrere Stadtratsdebatten setzten diesem Unfug ein Ende.

Grünes Licht für die Mitfinanzierung der DVB

Kurz vor Ultimo kam der Oberbürgermeister noch mit zwei weiteren Scheinlösungen um die Ecke. Zum einen wollte er sich selbst pauschal vom Stadtrat für künftige drastische Fahrpreiserhöhungen ermächtigen lassen, zum anderen sollten erhöhte Parkgebühren die Lücke schließen. Letzterer Vorschlag war zwar bestens geeignet, Autofahrende und DVB-Fahrgäste gegeneinander aufzubringen, ein nachhaltiger Finanzierungsbeitrag war jedoch nicht zu erkennen.

Nach kurzer, aufgeregter Debatte beerdigte der Stadtrat auch diese beiden Nicht-Lösungen und stimmte der Haushaltsfinanzierung der DVB zu. *Jens Matthis*

In Dresden wird es enger

BEVÖLKERUNGSPROGNOSE

Dresden wächst

Den Ausgangspunkt der Prognose bildet der Bevölkerungsstand nach dem Einwohnermelderegister der Stadt zum 30. Juni 2022. Die Herausforderung der diesjährigen Prognose lag darin, die verschiedenen außergewöhnlichen Entwicklungen zu berücksichtigen. Diese waren insbesondere die Zuwanderung aus der Ukraine, der weiterhin bestehende Zuzug von Flüchtlingen aus anderen Ländern, ein erneuter Geburteneinbruch und nicht zuletzt die Auswirkungen der Corona-Pandemie.

Laut Prognose wird die Einwohnerzahl Dresdens von rund 566.600 Einwohnern Ende Juni dieses Jahres auf etwa 578.800 Einwohner zur Jahresmitte 2040 steigen. Die Einwohnerzahl würde demnach in den kommenden 18 Jahren um etwa 12.200 Personen oder 2,2 Prozent wachsen. Nach einem noch verhältnismäßig starken Bevölkerungswachstum im ersten Prognosejahr durch Zuzüge aus dem Ausland, wird sich die Entwicklung in den kommenden Jahren zunächst deutlich abschwächen. Mittelfristig kann jedoch wieder mit einem moderaten Bevölkerungswachstum gerechnet werden. *Die Redaktion*

DRESDNER MIETSPIEGEL

Mieten legen deutlich zu

Dresdnerinnen und Dresdner zahlen durchschnittlich eine Miete von 7,06 Euro pro Quadratmeter. Vor zwei Jahren waren es noch 6,67 Euro. Die Bestandsmieten sind in den vergangenen zwei Jahren demnach durchschnittlich um 5,8 Prozent gestiegen. Lagen 2020 noch 31 Prozent der Wohnungen bei Mieten unter sechs Euro pro Quadratmeter, sind es jetzt nur noch 23 Prozent. Gestiegen ist dagegen der Anteil der Wohnungen mit Mieten ab acht Euro pro Quadratmeter von 14 auf 20 Prozent.

Die ortsübliche Vergleichsmiete ist der Dreh- und Angelpunkt des Mietspiegels. Sie gibt an, wie viel für eine vergleichbare Mietwohnung in Dresden gezahlt werden muss. Einfluss auf die Höhe der ortsüblichen Vergleichsmiete haben Wohnungsgröße, Baujahr, Ausstattung und Wohnlage. Die ortsübliche Vergleichsmiete in Sachsens Landeshauptstadt liegt im Mittelfeld der deutschen Großstädte. Auf Sachsen bezogen ist Dresden jedoch ein Spitzenplatz sicher. *Die Redaktion*

Lage und Ausstattung bestimmen den Preis

13. FEBRUAR 2023

Erinnerung und Verantwortung

Geschichtsverdrehung und Rassismus entgegentreten

Am Morgen des 1. September 1939 wurde beim deutschen Luftangriff die militärisch unbedeutende polnische Kleinstadt Wieluń größtenteils zerstört. Schätzungsweise bis zu 1200 Menschen wurden getötet. Es folgten Angriffe der deutschen Luftwaffe auf viele weitere Städte – auf Warschau, Rotterdam, Birmingham, Coventry, London, Bukarest, Leningrad, Moskau ... Die Bombenangriffe im Zweiten Weltkrieg bedeuteten eine neue Dimension der Kriegsführung. Der Bombenkrieg tötete nicht nur Soldaten an der Front, sondern auch Zivilisten im Hinterland – und zerstörte ganze Städte. Auch die aktuelle Geschichte lehrt uns – ob in Afghanistan, Syrien, dem Sudan oder der Ukraine: Kriege bringen nur Tote und Verluste, Angst und Leid, zerstörte Städte und Hass. Auch deshalb stehen wir an diesem 13. Februar als Dresdnerinnen und Dresdner in der Verantwortung Geschichtsverdrehung, Rassismus und Fremdenhass entgegenzutreten. Das können wir bei der Menschenkette mit entsprechende Friedensbotschaften und Botschaften der Solidarität – und das können wir in noch stärkerem Maße, indem wir Faschisten, Rassisten, Geschichtsverfälschern, Holocaustleugnern und ähnlichen die Straße nicht überlassen.

Ich rufe euch deshalb auf, am 13. Februar 2023 für ein demokratisches weltoffenes Dresden ohne Rassismus und jeglicher Form von Menschfeindlichkeit auf die Straße zu gehen. Lassen wir nicht zur, dass NPD, Junge Nationale, Wellenlängen oder Freie Sachsen diesen Tag für sich, für ihre braune Propaganda missbrauchen.

Margot Gaitzsch

VORNE LINKS
Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber
DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat
Rathaus, 1. Etage, Zimmer 208
Dr. Külz-Ring 19, 01067 Dresden
www.linke-fraktion-dresden.de

V.i.S.d.P.
Thomas Feske

Kontakt
Telefon: 0351/4882822
fraktion@dielinke-dresden.de

Redaktion
Susann Dietzschold, Thomas Feske, Dr. Dirk Wagner

Autor:innen dieser Ausgabe
Anja Apel, Pia Barkow, Thomas Feske, Margot Gaitzsch, Katharina Hanser, Magnus Hecht, Anne Holowenko, Tilo Kießling, Jens Matthis, André Schollbach, Dirk Wagner, Tilo Wirtz

Redaktionsschluss
5. Januar 2023

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor.

Bildnachweise
DIE LINKE/flickr (1); Ingo Kramarek/pixabay (2); silviu/pixabay (2); jc-gellidon /unsplash (2); DIE LINKE/flickr (3), Ingo Kramarek/pixabay (4); rohatcom68/pixabay (4); Pexels/pixabay (6); stevepb/pixabay (6); PublicDomainPictures/pixabay (6); Fernando Zhiminaicela/pixabay (7); Alexas_Fotos/pixabay (7); WikimediaImages (7); DIE LINKE im Bundestag/flickr (8); Tania Van Den Berghen/pixabay (8); Anja/pixabay (8)

Gestaltung und Satz
Ostsüdost

Druck
LR Druckerei GmbH

Auflage
Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 4000 Exemplaren gedruckt.

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat